Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 128. Abendblatt. Sonnabend, den 16. März. 1867.

Deutschland.

Berlin, 16. März. S. Maj. der König empfing gestern im Beisein des kommandirenden Generals des Garde-Korps, Prinzen August von Würtemberg, des Gouverneurs Grafen Waldersee und des Stadtkommandanten von Alvensleben den Brigade-Kommandeur Oberst Grafen Brandenburg aus Potsdam, die zu Kommandeuren des 2. pommerschen Grenadier-Regiments Nr. 9 und des 7. brandenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 60 ernannten Oberst-Lieutenants Ferentheil v. Gruppenberg und v. Knobelsdorf, früher dem 2. oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 23 und dem schlesischen Füsilier-Regiment Nr. 38 angehörig ꝛc., und nahm alsdann die Vorträge des Polizei-Präsidenten v. Bernuth, des General-Intendanten v. Hülsen, des Hausministers v. Schleinitz entgegen. Gegen 2 Uhr begaben sich der König und die Königin in die Central-Telegraphen-Anstalt und nahmen, geleitet von dem Direktor, Oberst Chauvin, alle Einrichtungen und Räumlichkeiten der Anstalt in Augenschein. Nach einer Ausfahrt konferirte der König zunächst mit dem Minister des Innern, Grafen Eulenburg und dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck.

— Am Donnerstag ist, wie die „B. B.-Ztg." mittheilt, ein Schreiben des in Paris weilenden französischen Botschafters beim hiesigen Hofe, Herrn Benedetti, hier eingetroffen, welches über eine Konferenz desselben mit dem Kaiser Napoleon, die über eine Stunde gewährt hat, berichtet. Herr Benedetti schreibt, daß der Kaiser sich in der wohlwollendsten Weise über den Grafen Bismarck und dessen nationale Politik geäußert und seine vollste Sympathie für dieselbe kundgegeben hat.

— Der Abgeordnete v. Carlowitz hat gestern beim Reichstage zwei Amendements zum Statut-Entwurf eingebracht, deren eines dahin geht, daß kein Verbündeter ohne Zustimmung der Gesammtheit seine Souveränetätsrechte anders als auf einen Verbündeten übertragen kann; das andere Amendement giebt dem Präsidium allein das Recht, ständige Gesandte zu halten und zu empfangen, unbeschadet der Befugniß der Verbündeten, Bevollmächtigte an das Präsidium oder an andere Verbündete zu schicken.

— (Post.) Da bei der kärglichen Besoldung der Unteroffiziere sich immer weniger Leute diesem Stande zuwenden, und ein immer mehr sich fühlbar machender Mangel an tüchtigen Kräften in dieser Branche herausstellt, so beabsichtigt man die betreffenden Soldkompetenzen zu erhöhen.

— Die Wiederkehr des Tages, an welchem August Boeckh vor 60 Jahren in Halle die philosophische Doktorwürde erlangt, wurde unter einer großen und lebendigen, den Gefeierten wie die Feiernden gleich ehrenden Theilnahme begangen. Die Feier trug den Charakter des Unvorbereiteten, aber darum nicht minder Herzlichen, und wurde, obwohl sie Boeckh selbst unerwartet kam, diesem zu einer ehrenden, freudenreichen. Nur durch den Umstand fiel ein Schatten auf dieselbe, daß der treffliche Greis, ein wahrer Lehrer Deutschlands, vorläufig seine eigentliche Lehrthätigkeit, die er hier in Berlin allein 56 Jahre ununterbrochen geübt, einstellt. Noch an dem vorgestrigen Tage hielt Boeckh seine Vorlesung und setzte nur die Stunde von 11—12 Uhr gestern aus. An dem Jubeltage erhielt Boeckh zunächst die Allerhöchste Ernennung zum Kanzler des Ordens pour le mérite für Wissenschaft und Kunst mit der weitern Meldung, daß die bisher von ihm bekleidete Vizekanzlerstelle auf den Geheimen Regierungsrath Prof. Dr. v. Ranke übergegangen sei. Eine schöne Weihe erhielt der Tag durch nachstehendes, dem Gefeierten zugegangenes huldvolles Schreiben J. M. der Königin: Ich übersende Ihnen zu Ihrem heutigen Ehrentage, an welchem die deutsche Wissenschaft einen ihrer hervorragendsten Vertreter feiert, eine Vase mit dem Abbilde unseres Palais und der Statue Friedrichs des Großen, die Sie während Ihrer langjährigen, glänzenden und erfolgreichen Wirksamkeit so oft von dem Universitätsgebäude aus vor Augen gehabt haben, mit dem Wunsche, daß von diesen Bildern das eine Ihnen zur freundlichen Erinnerung an seine Bewohner, das andere, welches das Andenken an alles Das, vereinigt, was unter Friedrich dem Großen Erhabenes geleistet worden, zum Ausdruck dienen möge, daß das Vaterland das Andenken an unsere großen Männer in Ehren zu halten weiß. Berlin, den 15. März 1867. (gez.) Augusta.

Von 1 Uhr ab empfing Boeckh die Glück wünschenden Deputationen, welchen er in seltener Geistesfrische ausführliche und eingehende Antworten auf ihre Ansprachen ertheilte. Nachdem Boeckh eben die Antwort beendet hatte, erschien Se. K. H. der Kronprinz, gleich bei dem Eintritt dem Jubilar huldvoll auffordernd, nur ja seinen Platz zu behalten und sich nicht von demselben zu erheben. Se. K. H. bemerkte auch, daß Höchstdieselben als 11jähriger Doktor zu dem 60jährigen Doktor komme, da es nun 11 Jahre seien, daß die Universität Oxford ihn promovirt. Se. K. H. unterhielt sich noch längere Zeit mit Boeckh, wünschte demselben Heil und Segen und verließ dann, unter gnädigster Begrüßung der Anwesenden, das Zimmer, nachdem Höchstderselbe den Jubilar ersucht, „als einem Kollegen" ihm den Gefallen zu thun, sich nicht vom Stuhle zu erheben. Nach dem Scheiden Sr. K. Hoh. begrüßte der Bürgermeister, Geh. RegierungsRath Hedemann, den Jubilar Namens der Stadt Berlin, ihm zugleich eine Adresse beider Stadtbehörden überreichend.

— Ueber die Parteiverhältnisse innerhalb der polnischen Fraktion des Reichstages giebt die „Ostd. Ztg." folgende Auskunft: Die polnischen Mitglieder haben sich zwar zu einer Fraktion konstituirt und den Abg. Pilaski zum Vorsitzenden gewählt; doch läßt sich schon jetzt innerhalb dieser nächst der dänischen kleinsten Fraktion des Reichstages ein linker, ein rechter Flügel und ein Centrum unterscheiden. Der linke Flügel, der in dem deutschfeindlich, klerikal und konservativ gefärbten „Dziennik Poznanski" eine journalistische Vertretung findet, dringt darauf, daß die polnischen Mitglieder sich einfach darauf beschränken, ihren Protest gegen die Einverleibung Posens und Westpreußens in den norddeutschen Bund vorzutragen, und dann sofort ausscheiden. Wenn dieses in Form einer Mandats-Niederlegung geschieht, was kaum zu vermeiden sein dürfte, so wäre die unmittelbare Folge dieses Schrittes die Ausschreibung neuer Wahlen für die Wahlkreise, die von den polnischen Abgeordneten gegenwärtig vertreten sind, und die Wahl von Abgeordneten für dieselben, die den Eintritt Posens und Westpreußens in den norddeutschen Bund wollen. Als den Hauptvertreter — wenn nicht als den einzigen Vertreter — dieser Richtung dürfen wir den Abgeordneten Dr. von Niegolewski ansehen, der übrigens wohl nur in diesem einen Punkte mit der Richtung des „Dzienn. pozn." zusammentrifft und im Uebrigen den liberalen polnischen Politikern zuzuzählen ist. Das Centrum besitzt in dem um die Förderung der materiellen Interessen der polnischen Westpreußen hochverdienten Abgeordneten von Lyskowski einen Führer, welcher öffentlich anerkannt hat, daß die Thätigkeit der polnischen Abgeordneten im Reichstage mit der Ueberreichung des Protestes nicht ihren Abschluß erhalten dürfe, und in der eifrig national-polnischen, aber in versöhnlichem und liberalem Geiste redigirten „Gazeta Torunska" ein journalistisches Organ, welches es ausdrücklich beklagt hat, daß Seitens der polnischen Wahlagitatoren die Protestfrage in einem ungebührlichen Maße in den Vordergrund gedrängt worden sei. Ein Vertreter der Rechten in der polnischen Fraktion tritt uns in der Person des durch einen Kompromiß der entschiedenen liberalen Deutschen mit den Polen in Marienwerder gewählten Herrn v. Donimirski entgegen, dessen Wahl nach den neuesten Nachrichten nicht, wie ursprünglich erwartet war, einen Protest Seitens eines Theils der Wähler hervorrufen wird. In einem Schreiben an die Wähler erklärt Herr v. Donimirski wörtlich: „Auch dieser Krieg (vom Jahre 1866) hat nicht die erwarteten Früchte gebracht; durch Frankreichs Einfluß ist den siegreichen Waffen Halt geboten, und Deutschland in einen nord- und süddeutschen Bund getrennt. Die wichtige Aufgabe des jetzt zusammentretenden Parlaments ist, diese Theilung möglich zu beseitigen und die Einheit ganz Deutschlands unter Festhaltung des Nationalitätsprinzips wenigstens anzubahnen. — Eine einförmige Staats-Centralisation widerspricht dem Charakter des deutschen Volks; bei Errichtung eines Bundesstaates muß die Autonomie der einzelnen Bundestheile möglichst geschont werden. Ebenso muß auch die Selbstständigkeit unseres Ost- und Westpreußens, welches das eigentliche Königreich Preußen bildet, nicht geopfert werden; dafür spricht eine 600jährige eigenthümliche innere Rechts- und politische Entwickelung, sowie die geographische Lage des Landes." Diese Aeußerungen lassen keine andere Deutung zu, als daß sich Herr von Donimirski vollständig auf den Standpunkt der Zugehörigkeit der bestrittenen Landestheile zu Preußen und Deutschland stellt, aber für das neu zu gründende deutsche Reich eine selfgovernementale Grundlage verlangt, welche eine Berücksichtigung der Eigenthümlichkeiten der einzelnen Provinzen dieses Reiches möglich macht.

— In Folge eines Antrages der Königl. Ober-Post-Direktion in Kiel wegen Ueberweisung einer beträchtlichen Anzahl praktischer Postbeamten für den dortigen Bezirk ist der Geh. Postrath Wolff nach Kiel abgegangen, um sowohl über das Bedürfniß an Ort und Stelle Ermitteluugen anzustellen, als auch besonders wegen Uebernahme der vormals K. dänischen Postbeamten in die preußische Verwaltung Einleitung zu treffen.

— Die Fraktion der Konservativen und die frei-konservative Vereinigung haben, wie wir hören, beschlossen, in Betreff der Vorberathung des Verfassungs-Entwurfs in den Fraktionen insofern gemeinschaftlich zu verfahren, als die von den Fraktionen ernannten Spezial-Referenten sich über die Behandlung der einzelnen Abschnitte des Verfassungs-Entwurfs mit einander verständigen sollen, bevor dieselben in der Fraktion zur Berathung gestellt werden. — Die Fraktion der Konservativen hat ferner beschlossen, der Fraktion der frei-konservativen Vereinigung einen Vorschlag zur Beschlußnahme zu unterbreiten, nach welchem die Mitglieder der Fraktion des Centrums (Alt-Liberalen) ersucht werden sollen, den Versammlungen und Besprechungen des aus den beiden konservativen Fraktionen gebildeten parlameutarischen Klubs, welcher im Hotel de Rome seine Sitzungen hält, beizuwohnen, um auf diese Weise eine Verständigung unter den regierungsfreundlichen Parteien leichter herbeizuführen.

Elberfeld, 14. März. Gegenüber den im Wahlkreise Barmen-Elberfeld außerordentlichen Anstrengungen zur Durchbringung der Kandidaten v. Schweitzer (Redakteur des Journals „Social-Demokrat" in Berlin), Gneist und Oberbürgermeister Bredt hat sich als bemerkenswerthes Zeichen, daß in der Arbeiterklasse die Ueberzeugung sich Bahn bricht, den Halt bei der Regierung eher zu finden, als bei den mehr oder weniger oppositionellen Parteien, eine selbstständige Koalition gebildet, welche den Finanzminister aufstellt. Es blieb dieser Vereinigung, die erst in den letzten Tagen zu Stande kam, zu wenig Zeit, um sich aus den schon sehr kompakten übrigen Parteien zu rekrutiren; sie ist aber ein Kern meist sehr ehrenwerther Arbeiter, welcher Anziehungskraft hat und sich auf den Boden der Ordnung und des Vertrauens zur Regierung stellt und welcher, falls der Wahlmodus für das norddeutsche Parlament bestehen bliebe, wohl dazu angethan ist, das nächste Mal viele andere gute Elemente um sich zu schaaren und die bestimmende Leitung den Händen der seitherigen Oppositionsführer, deren Redensarten ohne Thaten nicht mehr ziehen wollen, entwinden werden.

Elberfeld, 15. März. Die engere Wahl zwischen dem Professor Gneist und dem Dr. v. Schweitzer ist laut offizieller Bekanntmachung auf den 21. d. M. anberaumt.

Frankfurt a. M., 14. März. Der „Leipz. Ztg." wird geschrieben: Dem Vernehmen nach wird der Ministerial-Direktor Geh. Rath Bitter, der erste Vorsitzende der Bundesliquidations-Kommission, welcher sich jüngst nach Berlin begeben hat, erst dann nach Frankfurt wieder zurückkehren, wenn die Bundesliquidations-Kommission ihre Arbeiten so weit gefördert hat, daß sie zum Abschlusse ihrer Thätigkeit würde übergehen können. Bei der Berufung der Kommission war für deren Dauer eine sechsmonatliche Frist bestimmt worden, und diese wird mit Ende des gegenwärtigen Monats abgelaufen sein. Die Abwickelung der Geschäfte würde indeß aller Wahrscheinlichkeit nach noch einige weitere Zeit erfordern, es ist die Rede von mindestens zwei Monaten.

Frankfurt a. M., 14. März. Ein gestern Abends um 9 Uhr in dem Hintergebäude des „Holländischen Hofes" am Götheplatze ausgebrochener Brand zerstörte rasch das Hintergebäude und einen Theil des Vorderhauses, in dem sich auch ein sehr konfortables Café befindet. Der in dem zuerst ergriffenen Theile des Hotels gelegene Saal war gerade gelegentlich des letzten Abonnements-Concerts der vortrefflichen Kapelle des 34. Infanterie-Regiments unter Hrn. Parlow sehr gefüllt, als der Ruf „Feuer" erscholl. Den Bemühungen anwesender preußischer Offiziere gelang es, die Flucht der erschrockenen Menge aus dem Saale und dem Hause nicht zu regellos und gefährlich werden zu lassen; doch verbrannten in der Garderobe viele Mäntel und andere Kleidungsstücke der davonstürzenden Damen. Leider sind auch mehrere schwere Verletzungen (gerüchtsweise auch ein Todesfall) durch den Einsturz einer Brandmauer vorgekommgn. Zur Erwähnung dieses Brandes haben wir noch einen besonderen Anlaß: im „Holländischen Hofe" haben seit Jahren in der Regel die Berathungen der Ausschüsse des Nationalvereins und des Abgeordnetentages stattgefunden. In dem nun zerstörten Saale sollte auch über acht Tage das Festdiner am Geburtstage des Königs abgehalten werden.

Leipzig, 14. März. Ungewöhnliches Aufsehen und in allen Kreisen entschiedene Mißbilligung erregen zwei Artikel der „Sächsischen Zeitung", des Organs der sich vorzugsweise so nennenden „königstreuen" oder „sächsischen" Partei, in den Nummern von gestern und heute. In dem erstern wird den sächsischen Abgeordneten angesonnen, sie sollten wie ein Mann gegen die Annahme des Verfassungsentwurfs im Reichstage nicht bloß stimmen, sondern protestiren, der sächsischen Regierung aber wird der jesuitische Rath ertheilt, mit Hülfe ihrer Stände den Verfassungsentwurf, trotz seiner Annahme im Reichstage, für Sachsen ungültig zu machen. Wolle dann Preußen dennoch die Verfassung durchführen, so möge die Regierung nur Widerstand leisten, das Volk werde ihr beistehen — und auch von auswärts — das wird wenigstens angedeutet — werde ihm Hülfe nicht fehlen. In dem zweiten Artikel (aus Dresden datirt) wird letzterer Punkt stärker betont, unter ausdrücklicher Hinweisung auf die europäische Gesammtlage, welche Preußen nicht gestatten werde, Sachsens Widerstand mit Gewalt zu brechen. Also dahin ist es bereits mit unseren Partikularisten gekommen, daß sie — noch ehe die von der sächsischen Regierung selbst mit vereinbarte Verfassung ins Leben tritt — schon daran denkt, wie Sachsen der Einfügung in dieselbe zu entziehen wäre, und das Angesichts des Kgl. Wortes von dem „ehrlichen Anschluß an den norddeutschen Bund." Wir wollen sehen, ob die „Leipz. Z." welche die aufrichtig bundesstaatlich gesinnte freisinnige deutsche Partei unabläßig annexionistischer Tendenzen verdächtigt, ein Wort der Zurechtweisung gegen Bestrebungen haben wird, welche, wenn sie nicht offiziös desavouirt und gemißbilligt werden, die sächsische Regierung leicht in ein sehr falsches Licht stellen, als ob sie nämlich darauf ausginge, ihre Vertragsbeziehungen zu Preußen und zum norddeutschen Bunde etwa auf ähnliche Weise wieder zu lösen, wie dies 1850 durch den berüchtigten „Vorbehalt" des Herrn von Beust geschah.

München, 12. März. In der gestrigen Sitzung des besonderen Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die Militär-Organisation erklärte Fürst Hohenlohe dem „Nürnb. C." zufolge: Die Stuttgarter Beschlüsse seien zwar in Form von Protokollen gefaßt, hätten aber die Bedeutung des Staatsvertrages. Hierbei hätten zwar Baden und Hessen gewisse Vorbehalte gemacht, dieselben alterirten aber die Abmachungen im Ganzen nicht, und die Ratifikationen seien allseits ohnr Vorbehalt erfolgt. Baiern und Würtemberg hätten sich überdies durch besondere Uebereinkunft zum Vollzuge der Konferenzbeschlüsse verpflichtet. Die Diskussion erstreckte sich sodann über die Frage, inwieweit Bestimmungen über die Heeresergänzung in den Gesetzentwurf hinüber zu nehmen seien. Die Ansicht, daß, um ein brauchbares Gesetz zu erhalten, auch der ganze administrative Theil des Heeresergänzungsgesetzes eine Umarbeitung erfahren müsse und in das neue Gesetz aufzunehmen sei; daß der Entwurf eigentlich nur ein Grundlagengesetz darstelle, dem man aber sofortige Vollziehbarkeit absprechen müsse, daß mithin nur eine Umarbeitung des Gesetzentwurfs oder eine Reduktion desselben auf bloße Prinzipien unter Vorbehalt ihrer Ausführung in einem eigenen Heeresergänzungsgesetze übrig bleibe, drang allgemein durch. Dem gegenüber antwortete der Kriegsminister nur mit einer Hinweisung auf die Schwierigkeiten, welche die sofortige Bearbeitung eines vollständigen Heeresergänzungsgesetzes gefunden haben würde. Da jedoch der Staatsminister des Innern anwesend war, zu dessen Ressort die Heeresergänzung gehört, so wurde eine Vertagung der Ausschußsitzung beschlossen, und es soll über die angeregten Fragen in der nächsten Sitzung eine neue Anfrage an die Staatsregierung formulirt werden, über die sodann das Gesammt-Staatsministerium sich zu äußern Gelegenheit hätte.

Ausland.

Wien, 14. März. Ueber den vorgestrigen Empfang des Kaisers in der Ofener Hofburg berichtet der „Pesther Lloyd" nur, daß sich im Thronsaale und den daran stoßenden Gemächern eine

große Anzahl von Mitgliedern beider Häuser des Reichstages, von Repräsentanten der Universität, des Klerus und des Adels versammelt gehabt hätten, welche auf ein Zeichen, daß der Zug vor der Burg angelangt sei, bis auf die blumengeschmückte Freitreppe hinausgingen und den Monarchen mit begeisterten Eljenrufen begrüßten, welche so lange andauerten, bis der Kaiser, die Grüße freundlich erwidernd, den Thronsaal durchschritten hatte, an dessen entgegengesetzter Thüre er noch einige Worte mit dem Fürst-Primas und einigen Ministern sprach und sich dann unter lauten Eljenrufen in seine Gemächer zurückzog.

Brüssel, 12. März. Der berühmte französische Kanzelredner Pater Hyacinthe, der gegenwärtig in Belgien weilt, hat in einer Predigt, welcher die Königin von Belgien anwohnte, die belgischen Katholiken ermahnt, „jenen kostbaren Freiheiten treu zu bleiben, welche sie mit ihrem Blut erobert und besiegelt haben und welche sie seit mehr als dreißig Jahren zum Palladium der Religion, wie des Vaterlandes machen." Der noch nicht alte, aber schon glorreiche Thron, fügte der Pater bei, habe ihnen zwei große Dinge gezeigt, die aufrichtige Achtung vor den Kirchenrechten und das erhabene Beispiel der christlichen Tugenden." Der päpstliche Nuncius in Brüssel hat Hyacinthe zu dieser Rede Glück gewünscht. — Die Schelde-Abdämmung wird jetzt eine Thatsache. Die holländische Regierung hat bekannt gemacht, daß die Schifffahrt auf der Oster-Schelde gesperrt würde und die Schiffe den Kanal durch Süd-Beveland passiren müssen. Nach dem „Avenir National" hätte die belgische Regierung dieserwegen eine Note an die Regierungen von England, Frankreich und Preußen gerichtet.

London, 15. März. Aus Montreal vom 1. d. M. wird gemeldet: Das neucanadische Parlament wird angeblich die neugebildete Konföderation als Königreich unter dem Prinzen Arthur von England proklamiren.

Turin, 11. März. Das Ministerium hat sich über einen Antrag des Ministers des Auswärtigen Visconti-Venosta geeinigt, welcher ein Cirkular an die Vertreter Italiens im Auslande ergehen lassen will, worin die neuen, durch die Tonello'schen Verhandlungen veränderten Beziehungen mit dem römischen Hofe besprochen werden sollen. Dieses Cirkular soll wesentlich zum Zweck haben, die Befürchtungen zu verscheuchen, welche Garibaldi's Ungestüm und seine Drohungen mit der Besitznahme Roms — freilich ohne Waffen, aber gegen den Willen der päpstlichen Regierung — bei den katholischen Mächten erregt haben könnten. Wie übrigens Garibaldi dies anstellen will, um Rom zu bekommen, ohne sich mit den päpstlichen Truppen zu messen und doch gegen den Willen des Papstes, das bleibt uns nicht Eingeweihten ein Räthsel. Mag sein, daß der Mann es wohl selbst nicht weiß. —

Lissabon, 9. März. Der König hat seinem Bruder, dem Infanten Dom August, den Titel eines Herzogs von Coimbra verliehen; der Stadt Coimbra werden in dem K. Dekrete große Lobsprüche gespendet ob ihrer Treue und Vaterlandsliebe, ob der Berühmtheit ihrer Universität. Die Stadt wird große Feste wegen dieser neuen Ehre veranstalten.

Der Prinz Alfred von England war an Bord der Fregatte „Galatea" in Lissabon eingetroffen und von Seiten der K. Familie in sehr zuvorkommender Weise empfangen worden.

Madrid. In den Motiven des Dekretes, welches den Infanten Heinrich seiner Würden, Titel u. s. w. entsetzt, heißt es, daß bereits im Jahre 1848 diese Maßregel gegen den Infanten habe verhängt werden müssen, daß aber später die unerschöpfliche Güte der Königin ihm alle seine Ehren wieder zurückerstattet habe. „Dieser Infant, heißt es dann weiter, lebt augenblicklich außerhalb des Königreiches. Die Presse des Landes, in welchem er wohnt, hat die unerträglichsten Beleidigungen gegen Dinge ausgestoßen, welche jeder gute Spanier nur mit Begeisterung und Respekt nennt. Sicherlich, es war die Sache des Prinzen empört zu werden und für die Beschimpfungen Genugthuung zu verlangen. Was hat er im Gegentheil gethan? Er hat sich an dieselbe Presse gewandt, um öffentlich zu erklären, ohne daß irgend Jemand von ihm eine solche Erklärung verlangt hatte, daß sein Ehrenplatz nicht an der Seite der Königin, sondern in einem fremden Lande sei, welches den politischen Flüchtlingen und Verurtheilen, deren der Infant nebenbei erwähnt, als Zufluchtsort dient."

Konstantinopel, 14. März. Die bedeutenden Verstärkungen, welche, nach telegraphischer Mittheilung, die Pforte nach Kandien sendet, die Uebertragung des Oberbefehls an Hussein-Pascha, bestätigen indirekt die griechischen Nachrichten von dem neuen Aufschwung der Insurrektion in Kreta, von den Schlappen, welche die Türken dort erlitten haben. Auch wird die Theilnahme des Königreichs Griechenland immer sichtbarer, und die Pforte, welche, aus Rücksicht auf die Schutzmächte, die Unterstützung, welche der Aufstand in Griechenland findet, nicht mit einer Kriegserklärung zu beantworten wagt, sucht sich eiligst wenigstens auf der nordischen Flanke frei zu machen.

Pommern.

Stettin, 16. März. Von den Züllchower Mühlen kommen bekanntlich fast regelmäßig täglich eine Menge schwerer Mehlfuhrwerke zur Stadt, deren steueramtliche Abfertigung an der Steuer-Kontrole am Frauenthor geschieht. Die Wagen fahren dann, um nach dem Bohlwerk, resp. der Eisenbahn zu gelangen, regelmäßig die nur schmale und abschüssige Junkerstraße hinunter und sind dort in Folge dessen bereits früher Unglücksfälle vorgekommen. Auch heute früh ereignete sich wieder der Fall, daß ein schwer beladener Wagen, nach der rechten Seite geschleudert, fast gänzlich umschlug und das Aeußere des Hauses Nr. 5 daselbst beschädigte. Wie leicht können bei einem solchen Vorgange nicht auch Menschen verletzt werden und dürfte es sich deshalb fragen, ob es nicht zweckmäßig erscheint, wenn die Wagen — die übrigens fast regelmäßig von einem Steuerbeamten begleitet werden — gleich vor den äußeren Frauenthoren ab das Bohlwerk passiren und bei der Kontrole am Dampfschiffsbohlwerk abgefertigt werden. Dadurch würde die gefährliche Passage der Junkerstraße gänzlich vermieden.

— Zwei in Grabow dienende Mädchen, die unverehelichte F. und W., haben sich einer Kollegin gegenüber des fortgesetzten Betruges schuldig gemacht. Die unverehelichte L. hatte ein früher zwischen ihr und einem Unteroffizier bestehendes Liebesverhältniß aufgegeben; dies wissend und wohl voraussetzend, daß dem früheren Bräutigam doch noch immer einige Zuneigung bewahrt sei, hat die unverehelichte F. nun mittelst verschiedener selbst geschriebener, fälschlich mit der Unterschrift des betreffenden Unteroffiziers versehener Briefe, die sie angeblich stets durch einen Soldaten für ihre Freundin L. empfing, unter Vorspiegelung von Unglücksfällen &c. die Mildthätigkeit der letzteren in ihrem Nutzen ausgebeutet, indem sie es stets so einzurichten wußte, daß sie die betreffenden Gegenstände zur Beförderung erhielt, die sie dann regelmäßig unterschlagen. Die unverehelichte W. dagegen machte sich den schlechten Scherz, die von der F. eingeleitete falsche Korrespondenzen in der Weise fortzusetzen, daß sie angeblich im Namen eines anderen Soldaten der L. schließlich die Nachricht zrgehen ließ, ihr Bräutigam sei im hiesigen Lazareth gestorben, was wohl deshalb geschah, um jede Spur von dem derzeit noch nicht ermittelten Betruge bei der L. abzulenken.

— Es ist die Rede davon, die Gehälter der älteren Post-Sekretäre und der den Titel Post-Kommissarius führenden zu jener Kategorie gehörenden Beamten um 100 Thlr. jährlich zu erhöhen.

— Die Bestimmung, daß Schulamts-Kandidaten nur zu einer sechswöchentlichen Ausbildung bei den Truppen einzustellen sind, findet während des Krieges keine Anwendung. Auch gehören dieselben nicht zu denjenigen Beamten, für welche Unabkömmlichkeits-Atteste ausgestellt werden dürfen.

— In Folge der dankenswerthen strengeren Kontrole, welche die Polizeibehörde neuerdings in Betreff der öffentlichen Bettelei eingeführt hat, sind gestern eine ziemliche Menge von Bettlern in den verschiedenen Stadttheilen abgefaßt und verhaftet worden.

— In Marienfließ, Synode Jacobshagen, ist der zweite Lehrer Lippert fest angestellt.

Swinemünde, 15. März, Abends. Die Dampfer „Artemis", „Nordstern" und „Colberg" sind heruntergekommen. Der nach Stettin abgegangene Dampfer „Alexander" ist wieder retournirt, da im Haff 2½zölliges Eis ist und die Dampfer öfter festsaßen.

Stargard, 15. März. Am Mittwoch, den 20. März c., findet in Freienwalde, im Gasthofe des Herrn Kossow, eine Versammlung des dortigen landwirthschaftlichen Vereins statt. — Der erste diesjährige Viehmarkt war zahlreich mit Pferden, Fohlen und Rindvieh betrieben. Die Käufer zeigten sich zurückhaltend, und da Verkäufer an hohen Preisen noch bis Mittag festhielten, wurde verhältnißmäßig wenig gehandelt. Gute Zugochsen wurden mit 110—115 Thaler bezahlt. — Vor einigen Tagen wurde in der Wangeriner Stadtforst der Leichnam des Arbeiters Krahn aus Karlsthal aufgefunden. Letzterer soll noch Tags zuvor mit anderen Arbeitern in genannter Forst gearbeitet haben und am Abende, nachdem die übrigen Arbeiter ihren Heimweg antraten, in der Forst zurückgeblieben sein. Näheres über den Unglücksfall ist nicht bekannt.

[] **Pyritz**, 15. März. Der unterm 12. d. Mts. mitgetheilte Beschluß der hiesigen städtischen Behörden bezüglich der Erhöhung der Elementarlehrer-Gehälter ist dahin genauer zu berichtigen, daß die Letzteren bei ihrem Amtsantritt 200 Thlr. Gehalt, sodann nach 5 Jahren 230 Thlr., nach 10 Jahren 260 Thlr., nach 15 Jahren 290 Thlr. und demnächst von 5 zu 5 Jahren weitere 10 Thlr. Zulage beziehen, bis sie den Maximalsatz von 330 Thlr. erreicht haben. Die in kirchlichen Nebenämtern stehenden Lehrer sollen in Anrechnung ihrer Einkünfte aus denselben auf jeder Stufe der Gehaltsskala um 60 Thlr. besser gestellt sein als die Lehrer ohne derartige Nebenämter. — Von den im Oktober v. J. gewählten drei Rathsherren haben der bisherige Rathsherr Fleischermeister Kindermann und der Schlossermeister Biedermann die Bestätigung der Regierung erhalten, wogegen der Kaufmann Wolter nicht bestätigt worden ist. — Am Abend des 12. März gegen 11 Uhr erschoß sich in seinem Quartier der Füsilier Hagemeister der 10. Kompagnie des hiesigen Bataillons aus bisher gänzlich unbekannt gebliebenen Motiven.

(Eingesandt.)

Zur Frage wegen Auflösung der städtischen Sparkasse, welche mit Recht allgemeine Sensation in unserer Stadt hervorruft, möchten wir noch auf einen Punkt hinweisen, der bei den bisherigen Besprechungen in diesen Blättern unbeachtet geblieben ist. Unzweifelhaft hat sich das Kuratorium der Sparkasse zu dem verhängnißvollen Antrage der Auflösung mit durch den Umstand bestimmen lassen, daß durch die massenhaften Kündigungen der Einlagen zur Zeit der vorjährigen Geldkrisis die Stadt in Geldverlegenheit gerieth, und mit schweren Opfern zu einer Anleihe schreiten mußte. Es heißt nun aber das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man der Wiederkehr solcher Kalamitäten durch Aufhebung des ganzen Instituts vorbeugen will, und der Vorschlag erinnert an das bekannte Wanzen-Vertilgungsmittel des Hausabbrennens. Nach unserer Meinung wäre es doch viel einfacher, die Remedur in der Verfassung des Instituts zu suchen, und ein Blick in die Statuten genügt, um zu beweisen, daß bei **richtiger Verwaltung** solche Uebelstände, wie die vorjährigen gar nicht vorkommen können und dürfen. Der §. 17 des Statuts lautet wörtlich:

§. 17.

Bis zu der Summe von 200 Thlrn. soll die Zurückzahlung der Einlagen und der davon aufgewachsenen Zinsen stets in baarem Gelde erfolgen. Wenn aber dieser Betrag durch fernere Einlagen oder durch Zinsenzuwachs überstiegen wird, dann soll für den Ueberschuß für Rechnung des Interessenten ohne weitere Rücksprache mit demselben ein öffentliches, pupillarische Sicherheit gewährendes Papier angekauft, solches nach Gattung, Letter und Nummer bei seinem Konto vermerkt und der dafür bezahlte Courspreis sammt etwaigen Auslagen verrechnet werden. Der Einleger wird dadurch Eigenthümer des gekauften Papiers, daher er den durch etwaiges Steigen oder Sinken des Courses oder durch Ausloosurg des Papiers entstehenden Nachtheil oder Vortheil zu tragen oder zu genießen hat.

An Zinsen werden ihm jedoch nur die gewöhnlichen Sparkassen-Zinsen berechnet, indem der Ueberschuß dem Institute zu Gute kommt.

Die auf solche Weise erworbenen öffentlichen Papiere werden bei dem besondern, der Sparkasse gehörenden, von andern Kassen der Stadt-Verwaltung unvermischt bleibenden Fonds der Sparkasse als Spezial-Deposita abgesondert aufbewahrt.

Es ist jedoch, wenn nicht die nöthigen Papiere in den erforderlichen Appoints zu haben sind, der Verwaltungsbehörde erlaubt, nach dem wechselnden Bedürfnisse Austauschungen von Papieren gleicher Art aus ihren Beständen vorzunehmen.

Bemerkung zu §. 17: „Vom 1. Januar 1858 ab wird die Summe, bis zu welcher die Rückzahlung in baarem Gelde, und von da ab der Ankauf von öffentlichen, pupillarische Sicherheit gewährenden Papieren erfolgen soll, von 100 Thlr. auf 300 Thlr. erhöht."

Wir bemerken hierzu, daß die ursprünglich festgesetzte Summe von 200 Thlr., von wo ab die Deponirung von Effekten für Rechnung des Einlegers erfolgen soll, durch einen Nachtrag im Jahre 1846 auf 100 Thlr. erniedrigt, dann aber im Jahre 1858 — wir wissen nicht aus welchen Gründen — auf 300 Thlr. erhöht worden ist.

Wäre nun das Kuratorium streng nach den Statuten verfahren und hätte statt über eine Million in Hypotheken anzulegen, für alle Beträge über 300 Thlr. Staatspapiere für Rechnung der Interessenten angeschafft, so würde wahrscheinlich keine Anleihe nöthig gewesen sein. Oder erweist sich bei den vielen kleinen Einlagen die Summe von 300 Thlr. als zu hoch gegriffen, um ein wirksames Schutzmittel gegen Massenkündigungen zu sein, so kehre man einfach, wie andere ähnliche Institute, wieder zu der Summe von 100 Thlr. zurück, und die Anstalt wird sogar schwierigeren Kalamitäten, als die vorjährige war, mit Leichtigkeit begegnen können.

Wir schließen uns daher dem Antrage jenes Bürgers an, der nicht die Sparkasse, sondern deren Kuratorium aufgelöst zu sehen wünscht, und würden es für einen großen Gewinn halten, wenn die Bürgerschaft Stettins zu der Erkenntniß gekommen wäre, und diese Erkenntniß bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen bethätigen möchte:

daß große Politiker nicht immer die besten Kommunal-Vertreter sind.

Vermischtes.

— (Trauung in der Kajüte.) An Bord eines Dampfers, der von San Francisco nach San Juan del Sur segelte, hatte sich das Gerücht verbreitet, daß ein junges Paar, welches unter dem Namen eines Herrn und Frau *** eine Kajüte erster Klasse inne hatte, nicht verheirathet sei. Der Kapitain, der auf die Sittlichkeit seiner Passagiere sehr viel hielt, läßt beide vor sich kommen und herrscht sie mit der Frage an: „Es scheint, daß Sie nicht verheirathet sind?" Das Paar wurde sichtlich verlegen, und der Kapitain fügte in gemildertem Tone hinzu, „wenigstens heißt es so an Bord." — „Wir sind allerdings verheirathet", lautete die Antwort. — „Nun dies freut mich in der That", erwiederte der Kapitain, „aber wo haben Sie Ihren Trauungsschein?" — „Wir haben ihn verloren." — „Das glaube ich nicht", versetzte der gewissenhafte Kapitain. „Zufälligerweise kann ich Ihnen jedoch einen Heirathsschein verschaffen, den Sie wenigstens so lange nicht verlieren werden, als Sie sich an Bord meines Schiffes befinden. Man hole den Geistlichen und vier Passagiere", rief er einem Matrosen zu. Der junge Mann und die junge Frau hatten kaum so viel Zeit, sich von ihrem Erstaunen zu erholen, als schon der Geistliche mit den vier Zeugen vor ihnen standen. Der Bräutigam wollte Einwendungen erheben, allein eine gebieterische Bewegung des Kapitains und die Ueberraschung, welche das Ungewohnte seiner Lage ihm verursachte, ließen ihn nicht zu Worte kommen. Fünf Minuten später waren Herr und Frau *** wirklich Mann und Weib.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Paris, 15. März, Abends. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Ollivier vertheidigt das Nationalitäts-Prinzip; er wünscht Frieden und Freundschaft zwischen Frankreich und warnt vor Rußland. Die Rede wurde beifällig aufgenommen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 15. März, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Alexander (SD), Parow von Danzig. Wind: N. Strom eingehend. Revier 14$\frac{7}{14}$ F.

Willem III. auch abgegangen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 16. März. Witterung: Schneetreiben. Temperatur: + 0° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, loco pr. 85pfd. gelber u. weißbunter 83 bis 88 Rt bez., geringer 73—82 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 85½, ¼ Rt bez., Mai-Juni 85¼ Rt Br, Juni-Juli 85½, ¼ Rt bez., ½ Rt Br., September-Oktober 80 Rt bez.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 52—56 Rt bez., Frühjahr 52¾ Rt bez., 53 Rt Br., Mai-Juni 53 Rt bez., Gd. u. Br., Juni-Juli 53½ Rt Br.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl behauptet, loco 11$\frac{7}{24}$ Rt bez., 11⅓ Rt Br., April-Mai 11¼ Rt Br., 11⅛ Rt Gd., September-Oktober 11⅚ Rt bez. u. Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 16⅜ Rt bez., mit Faß 16$\frac{5}{24}$ Rt bez., Frühjahr 16⅓ Rt Br., Mai-Juni 16$\frac{7}{12}$ Rt Br., Juni-Juli 16⅚ Rt Br.

Landmarkt.

Weizen 80—89 Rt, Roggen 53—58 Rt, Gerste 44—49 Rt, Erbsen 54—59 Rt per 25 Schffl., Hafer 27—31 Rt per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—8 Rt, Heu pr. Ctr. 15 Sgr bis 1 Rt.

Hamburg, 15. März. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco gutes Geschäft, auf Termine schwächer. Weizen pr. März 5400 Pfd. netto 153 Bankothaler Br., 152 Gd., pr. Frühjahr 147½ Br., 146½ Gd. Roggen pr. März 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 91 Gd., pr. Frühj. 88 Br., 87 Gd. Hafer fest. Oel geschäftslos, pr. Mai 25¼, pr. Oktober 26¼. Spiritus unverändert. Kaffee verkauft 1500 Sack loco Rio. Zink verkauft 2000 Ctr. per Frühjahr 14⅛. — Gelinder Frost.

Amsterdam, 15. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine flauer, sonst unverändert. Rapps pr. April 66⅓, pr. Oktober 69. Rüböl pr. Mai 36¾, pr. Oktober-Dezember 38¾.

London, 15. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Bei schwachem Marktbesuch wurden volle Montagspreise bezahlt. Zufuhren beschränkt; nur fremder Weizen reichlich am Markte. Frühjahrsgetreide unverändert. Hafer ½ Sh. höher. — Wetter kalt.